Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. :: Bezugspreis Mk. 3.90 vierteljährl., Mk. 1.10 monatl.; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr Mk. 3.30, im sonstig. inländ. Verkehr Mk. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gack. Fernsprecher 33.

Nr. 180 | Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99 | Donnerstag, den 14. August 1919 | Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 100 | Jahrgang 53

Tagesschau.

Nachdem in Oberschlesien in den letzten Tagen unter den streikenden Bergarbeitern Ruhe eingetreten war, sind plötzlich gestern die gesamten Arbeiter des oberschlesischen Kohlenreviers wiederum in den Ausstand getreten. Sie verlangen die Entlassung mißliebiger Beamter und aller Personen, die früher beim Grenzschutz waren.

Die französischen Zeitungen lassen sich berichten, daß der Kaiserprozeß in Hamptoncourt bei London stattfinden soll, und daß die holländische Regierung nach längerem Schwanken ihre Zustimmung zur Auslieferung geben werde.

Nach Meldungen aus Warschau sollen polnische Truppen nach vierwöchigen harten Kämpfen die Stadt Minsk besetzt haben. Als erstes sei ein polnisches Husarenregiment in die Stadt eingezogen.

Laut „Avanti" hißten die Seeleute der im Hafen von Baku liegenden englischen Kriegsschiffe die rote Fahne, worauf die Kriegsschiffe abgedampft sein sollen. Das Ziel ihrer Reise sei unbekannt.

Nach einem Radiotelegramm aus Athen sollen türkische Offiziere versucht haben, die „Göben", die sich augenblicklich auf der Rede von Nicomedia befindet, zu versenken. Der Versuch wurde durch englische Kriegsschiffe vereitelt. Die türkische Besatzung des Schiffes ist geflohen.

Im Walde zwischen Fourmies und Hirson explodierten gestern auf einem Transport Granaten. Acht deutsche Kriegsgefangene wurden dabei getötet.

Die Reichsverfassung.

IV.

4.

Bildung und Schule.

Durch das Schulkompromiß ist eine Form gefunden, die grundsätzlich die Einheit der öffentlichen Schule wahrt und in Bezug auf die Bekenntnisfrage die Bekenntnisschule nicht als Regel sondern als Ausnahme zuläßt und an die Voraussetzung knüpft, daß durch sie der einheitliche organische Aufbau der Schule nicht beeinträchtigt wird. In den Uebergangsbestimmungen wird gesagt, daß das vorgesehene Reichsgesetz die Simultanschule dort, wo sie besteht, zu berücksichtigen hat. Der Religionsunterricht wird erteilt in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaften, fällt jedoch in den weltlichen Schulen, soweit sie in Frage kommen, ganz fort und unterliegt auch in den anderen Schulen keinem Beteiligungszwang.

5.

Das Wirtschaftsleben.

Hier haben die politischen Tageskämpfe der Verfassung ihren Stempel besonders aufgeprägt. Der Kampf um die Sozialisierung brachte selbst die beiden gegenwärtigen Regierungsparteien noch in letzter Stunde auseinander bei der Frage der Bergwerke. Die Sozialdemokratie wollte alle Bodenschätze sofort in Gemeineigentum überführen. Die Verfassung bestimmt jedoch auf Antrag des Zentrums nur, daß sie unter Aufsicht des Staats stehen und daß private Hoheitsrechte über die Bergwerksgebiete erst auf dem Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen sind. Dagegen wird über die Sozialisierung der im Betrieb befindlichen Bergwerke selber in der Verfassung nichts gesagt, sondern in einer ebenfalls vom Zentrum eingebrachten Entschließung heißt es lediglich, daß die noch nicht zur Ausnutzung gelangten Bergwerksberechtigungen auf Grund eines zu erlassenden Gesetzes mit dem Ziel zu prüfen sind, sie in die Hand des Reichs zu bringen. Dem Grundsatz, daß Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung erfolgt, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt, ist in der dritten Lesung nicht mehr widersprochen worden. Ueber die Vergesellschaftung dazu „geeigneter wirtschaftlicher Unternehmungen" enthält die Verfassung im übrigen nichts als eine sinngemäße Wiederholung der Grundsätze des bekannten Sozialisierungsgesetzes, das im Frühjahr nur ein allgemeines Rahmengesetz war und vorläufig nur zu politischen Zwecken eingebracht wurde. Dagegen ist noch aus der Zeit, da Wissell Wirtschaftsminister war, eine Bestimmung über die Regelung des Produktions-Prozesses auf Grund zusammengeschlossener Selbstverwaltungsverbände einschließlich der Ein- und Ausfuhr in der Verfassung stehen geblieben, die stark an die Wissell'sche Planwirtschaft erinnert, obwohl diese selber inzwischen fallen gelassen worden ist, allerdings so, daß das Reich nur im Falle dringender Bedürfnisse durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf diese Weise zusammenschließen kann.

Der sogenannte Räteartikel, der den gleichen Hauptteil der Verfassung abschließt, ist in dritter Lesung nur insofern abgeändert worden, als der Reichswirtschaftsrat durch von ihm selber eingebrachtes Gesetz vorläufig nur eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen kann. Nach dem Artikel 162 sollen die Arbeiter und Angestellten in Form von Arbeiterräten vertreten werden, während die Angestellten keine besonderen Vertretungen haben.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Die Bestimmungen des Friedensvertrags werden durch die Verfassung nicht berührt. Besonders schmerzlich wird man dabei erinnert an den Artikel 111, wonach kein Deutscher einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert werden darf.

Der vorletzte Artikel setzt die Nationalversammlung in die Rechte eines Reichstags ein, bis nach den kommenden Wahlen der erste Reichstag zusammentritt. Ebenso bleibt der jetzige Reichspräsident im Amte, bis der erste eigentliche Reichspräsident gewählt wird. Ohne Zweifel aber werden die Neuwahlen zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen.

Japan als Vormacht im Stillen Ozean.

Ob es möglich sein wird, dem zielbewußten Vorgehen Japans gegenüber den Frieden aufrecht zu erhalten, scheint nach den jüngsten Meldungen über das amerikanisch-japanische Verhältnis zweifelhaft. Die Japaner haben mit der ihnen eigenen Zähigkeit es tatsächlich fertiggebracht, in knapp einem halben Jahrhundert sich die Früchte der in jahrhundertelangem Ringen erreichten europäischen Kultur mit ihren großen technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften zunutze zu machen. Berücksichtigt man dazu noch, daß die Bevölkerung Japans im letzten Vierteljahrhundert um 12 Millionen zugenommen hat und damit auf 60 Millionen gestiegen ist, so wird man leicht erkennen, daß der Boden des engbegrenzten Inselreichs für seine Bewohner zu klein geworden ist. Wohl brachten die chinesischen Kriege von 1894 und 1900 und der russische von 1904 gewaltigen Geländezuwachs, aber der Landhunger der Japaner ist damit nicht gestillt, zumal im japanischen Volk eine gewisse Abneigung gegen die von der Regierung angestrebten Ansiedlungsversuche in den kontinental-asiatischen Landstrichen, wie Korea und die Kwantung-Halbinsel, auch auf Formosa und Sachalin besteht. Vielmehr wendet sich der im Lauf der letzten Jahre zu beträchtlicher Höhe angewachsene Auswandererstrom mit Vorliebe nach Nord-, Mittel- und Südamerika, Australien und na[illegible] Inselgruppen des [illegible]en Ozeans. Diese Auswanderungspolitik hat sich in Japan in den letzten Jahren mehr und mehr zum politischen Wechselspiel der konservativen und fortschrittlichen Partei im Lande entpuppt. Wünschen die konservativen Staatsmänner, die im Interesse einer energischen auswärtigen Politik die gesamte Volkskraft im nördlichen Ostasien zusammengefaßt sehen möchten, eine Auswanderung nach dem Süden und Osten des Stillen Ozeans nicht, so betrachten doch auch sie mit dem gesamten ja[illegible]nischen Volk es als Ehrensache, in den dort gelegenen Ländern als Rasse die gleiche Behandlung wie die anderen dort vertretenen Völker der weißen Rasse zu genießen. Dann aber ist nicht zu vergessen, daß die Verbindung mit diesen Ländern ihm rascher erzielbare Gewinne verspricht, zumal der ins Ausland gehende japanische Arbeiter ein ebenso eifriger Sparer ist wie der italienische.

Die Aufnahme, die man den einwandernden Japanern in den verschiedenen Ländern bereitet, ist recht verschieden. So legt man der Niederlassung von Japanern in Nordamerika und Australien recht große Schwierigkeiten in den Weg. Dagegen verhält sich Mexiko den japanischen Einwanderern gegenüber ganz besonders wohlwollend. Auch die meisten menschenarmen südamerikanischen Republiken, insonderheit Brasilien, Peru und Chile, stehen der Einwanderung der Japaner recht wohlwollend gegenüber. Alle diese Erscheinungen werden nun von den Engländern und Amerikanern mit großer Besorgnis verfolgt.

Besonders mißtrauisch sind die Amerikaner aber gegen die Einwanderung der Japaner auf Hawai, der Perle des Stillen Ozeans. Erscheint diese Inselgruppe äußerlich auch als amerikanische Kolonie, so führen in Wirklichkeit doch die Japaner dort das Regiment; denn die wirtschaftliche Ausnutzung dieser Inseln liegt fast ganz in ihrer Hand. Und wie eine Ironie des Schicksals mutet es an, daß dies unter dem Schutze einer 9600 Mann starken Garnison der Vereinigten Staaten vor sich geht. Von 223 256 Einwohnern gehörten am 1. Juli 1915 nicht weniger als 93 136 der japanischen Bevölkerung an, während nur 16 000 Nordeuropäer und Amerikaner gezählt wurden. Dazu kommt noch, daß etwa 40000 Japaner aus altgedienten Soldaten bestehen sollen.

Das wirtschaftliche Uebergewicht der Japaner in Hawai steigt von Jahr zu Jahr. So liegen 80 v. H. der sehr wichtigen Kaffeeindustrie in ihren Händen, und mit einem noch günstigeren Verhältnis sind sie an den Ananaskulturen und der Hochseefischerei beteiligt. Ja, ein beträchtlicher Teil der größeren Handels- und Industriegesellschaften gehört den Japanern. Nicht weniger denn vier japanische Firmen rühmen sich eines Jahresumsatzes von mehr als zwei Millionen Mark. Aehnlich ist es auf den Philippinen, deren Unabhängigkeit der japanische Minister Okuma jüngst verlangte, ganz dem japanischen Grundsatze getreu, daß keine abendländische Macht einen so wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean haben dürfe.

Wie nun die Amerikaner eine Japanisierung von Hawai und den Philippinen fürchten, so sind die Engländer nicht weniger besorgt um Australien, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß das vom deutschen Generalkonsul in Sydney Dr. Irmer seinerzeit geprägte Wort: „Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Australien sich auf eine nicht englische Zukunft vorbereite", sich über kurz oder lang bewahrheiten wird. Wenn auch in Versailles Fundamente des Friedens errichtet werden sollten, so sind aber gerade dort Konflikte entstanden, die mehr oder weniger darauf schließen lassen, daß der Welt im fernen Osten ein Krieg bevorsteht, der leicht sich zu einem neuen Weltkrieg entwickeln kann.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 12. Aug.

Die Aussprache über die große Steuerreform hat heute begonnen. Zuvor brachte der deutschnationale Abgeordnete v. Gräfe eine Anfrage ein, welche diplomatischen Schritte die Reichsregierung zur Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen bisher getan habe. Veranlassung gaben einige Briefe von deutschen Gefangenen, die in deutschen Blättern, so in der „Deutschen Zeitung", in den „Leipz. Neuesten Nachrichten" u. a. veröffentlicht wurden und in denen mitgeteilt wurde, von englischen Lagerbehörden sei den Gefangenen eröffnet worden, die Rückbeförderung verzögere sich deshalb, weil die deutsche Regierung die Heimkehr gar nicht wünsche. An der Tatsache dieser offiziellen Mitteilungen von britischer Seite kann wohl nicht gezweifelt werden, da sie von verschiedenen Gefangenenlagern, unabhängig voneinander, bezeugt werden. Aber eine andere Sache ist, ob die englische Behauptung begründet ist. Der Reichsminister des Auswärtigen Müller trat ihr auch sofort scharf entgegen und teilte mit, die Regierung habe unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären. Es handle sich um eine offenkundige Entstellung der Tatsachen. Sodann legte der Minister dar, was bisher zum Zweck der Befreiung geschehen sei. Leider ohne Erfolg, denn bevor nicht drei der feindlichen Hauptmächte den Friedensvertrag ratifiziert hätten, gelte der Friede nicht als tatsächlich und die Gefangenen werden erst nach Eintreten des wirklichen Friedens freigegeben. Im übrigen legte der Minister dagegen Verwahrung ein, daß Briefe der bezeichneten Art gegen die Regierung ausgeschlachtet werden.

Reichsfinanzminister Erzberger begründete sodann in langem Vortrag die großen Steuervorlagen: Vermögensabgabe, Reichseinkommensteuer und Umsatzsteuer. Mehr als die 90 Milliarden Kriegsanleihen drücken die 75 Milliarden schwebender Schulden, welch letztere durch Steuern auf 46 Milliarden herabgesetzt werden können. Aber auch der Rest müsse verschwinden mit Hilfe einer freien Anleihe oder einer Prämienanleihe. Der Jahresbedarf des Reichs sei auf lange hinaus auf 25 Milliarden zu berechnen. Davon werden die bisher bewilligten Steuern und die noch vorzulegende Erbschaftssteuer 8 Milliarden erbringen; die Vermögensabgabe wird ein jährliches Erträgnis von etwa 3 Milliarden, die Umsatzsteuer ein solches von 4 Milliarden haben. Die noch fehlenden 10 Milliarden sollen aus der Reichseinkommensteuer und einigen andern Steuern gedeckt werden. Nur mit diesen Opfern werde sich der Staats- und Volksbankrott abwenden lassen und so werden die neuen Steuern für das Volk eine Wohltat sein. Entschiedenen Eindruck machte das Wort Erzbergers: Es ist eine Wahrheit, daß zum Kriegführen Geld, Geld und nochmals Geld gehört. Ich stelle dem das Wort entgegen, daß zum Friedensschluß und zur Durchführung des Friedens Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit gehört. — Nach dem Geschäftsordnungsplan des Präsidenten Fehrenbach wird die Nationalversammlung die Steuervorlagen bis 20. August erledigen und dann in die Ferien gehen können.

•

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Abg. v. Gräfe (D.natl.Vp.): fragt unter Bezugnahme auf Pressenachrichten, nach denen in englischen und amerikanischen Gefangenenlagern den deutschen Kriegsgefangenen mitgeteilt worden sei, daß eine beschleunigte Heimkehr nach Deutschland nicht gewünscht, ja sogar durch die Weigerung der deutschen Regierung, die Vorbereitungen des Abtransports in die Wege zu leiten, behindert werde: „Ist die Reichsregierung bereit, darüber Aufklärung zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer raschen Rückkehr der Gefangenen, namentlich welche diplomatischen Schritte zu ihrer Rückkehr getroffen sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu bereiten."

Reichsminister des Aeußern Müller: In einem Teil der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung habe nicht alles getan, um die beschleunigte Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen. So bringt die „Deutsche Zeitung" vom 6. August ein Bruchstück aus dem Brief eines

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

in einem englischen Kriegsgefangenenlager befindlichen deutschen Vizefeldwebels, in welchem die Behauptung aufgestellt wird, daß folgender Befehl zur Bekanntmachung an die deutschen Gefangenen verlesen wurde: „Die britische Regierung wünscht allen Kriegsgefangenen bekannt zu geben, daß trotz wiederholter Aufforderung an die deutsche Regierung noch keine Delegierten eingetroffen sind, um über die Maßnahmen zur Rückbeförderung der Kriegsgefangenen zu beraten. Bevor diese Delegierten nicht eintreffen, um die Vorkehrungen für den Transport zu treffen, kann nichts getan werden." Nach anderen Nachrichten sollen die englischen Behörden in Malta den Gefangenen erklärt haben, die Schuld an der Hinausschiebung ihrer Heimkehr liege ausschließlich bei der deutschen Regierung, die in pflichtwidriger Weise keine Schiffe zur Abholung der Gefangenen schicke.

Die deutsche Regierung kann es vorerst nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entstellungen der Tatsachen in amtlichen Befehlen und Bekanntmachungen von englischen Lagerbehörden befinden. Sie hat daher unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären. Im übrigen stellt die Regierung folgendes fest: Beim Abschluß des 1. Waffenstillstands und fortlaufend bei den darauf folgenden Verlängerungen bis zum Friedensschluß in Versailles ist unablässig versucht worden, die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zu veranlassen. Einen Erfolg aber haben diese Bemühungen nicht gehabt. Die erste Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht, die Kriegsgefangenschaft nicht in Sklaverei ausarten zu lassen, findet sich in Art. 214 des Friedensvertrags, welcher ausdrücklich festlegt, daß die Heimschaffung der Kriegsgefangenen erst nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags erfolgen könne. Der Vertrag tritt aber erst in Kraft, wenn er von 3 der gegnerischen Hauptmächte ratifiziert ist. Bisher ist die Ratifikation in diesem Umfang noch nicht erfolgt.

Minister Müller gibt dann einen Ueberblick über die wiederholten Vorstellungen bei der Entente und der in dieser Angelegenheit überreichten Noten und fährt fort: Solange die Hauptkommission, die im Friedensvertrag vorgesehen ist, ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, ist der Abtransport der Kriegsgefangenen nicht möglich. Die Schuld kann unmöglich die deutsche Regierung treffen. Die Regierung verfügt nicht über die Macht und nicht über die Mittel, um die Leidenszeit der Kriegsgefangenen abzukürzen. In einer Sitzung am 1. August 1919 hat der deutsche Vertreter Frhr. v. Lersner neuerlich darum gebeten endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Die Regierung hofft auf die Einsicht unserer kriegsgefangenen Landsleute, daß sie sich nicht verführen lassen, solche Ungeheuerlichkeiten zu glauben, als läge der Reichsregierung nichts an ihrer Heimkehr. Es gibt keine Partei und kein Finanzproblem in dieser Frage des Bluts. Politische Ausschlachtung dieses nationalen, gemeinsam zu tragenden Unglücks weist die Regierung mit Entrüstung von sich. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. v. Gräfe (D.natl.Vp.) zur Ergänzung der Anfrage: Der Herr Reichsminister Müller hat in Beantwortung meiner Frage es für nötig gehalten, in seiner Antwort . . . . (Präsident Fehrenbach unterbrechend: Sie haben nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage und nicht zu irgend einer kritischen Bemerkung.) Dann richte ich die Frage an den Reichsminister Müller, wen er damit gemeint hat, wenn er von Leuten gesprochen hat die diese Frage politisch ausschlachten wollten. (Lachen und Zurufe: „Siehe" — bei den Soz.)

Reichsminister Müller: Ich meine damit die schamlosen Blätter, wie die „Deutsche Zeitung", die in ihrer Ausgabe vom 6. August solche Behauptung bringt, und diejenigen Kreise, die sich mit diesen schamlosen Verleumdungen identifizieren. (Beif. links, große Unruhe rechts.)

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs des **Zündwarensteuergesetzes.** Das Gesetz wird in der Ausschußfassung angenommen. Das **Spielkartengesetz** wird in 2. Beratung erledigt.

Es folgt die

Erste Beratung der großen Finanzgesetze.

Reichsfinanzminister Erzberger: Wir werden ein durchdachtes Steuersystem aufstellen müssen; einheitliche Erfassung aller Steuerquellen, Gerechtigkeit auf der einen, Gewissenhaftigkeit auf der anderen Seite. Nur unter dieser Voraussetzung ist Hoffnung, daß Deutschland von dem Staatsbankrott, der ein Volksbankrott wäre, bewahrt bleibt. Das Kennzeichen der deutschen Wirtschaft und Finanzlage ist die ungeheure Flüssigkeit des deutschen Volksvermögens. Wir müssen sofort mit aller Beschleunigung an die Schaffung einer deutschen Handelsflotte herangehen, wir müssen mit größter Beschleunigung unseren Auslandsdeutschen mit Reichsvorschüssen zu Hilfe kommen. Schon die nächste Woche wird eine diesbezügliche Vorlage an die Nationalversammlung bringen. Endlich muß unser Beamtenstand erleichtert werden.

Das Höchstmaß, welches ein Kriegsjahr an Einnahmen aufbrachte, waren 25 Milliarden. Dieses Höchstmaß muß das Volk jetzt Jahr für Jahr an Steuern aufbringen. Von einem Staatsbankrott würden gerade die untersten Schichten des Volks am härtesten getroffen werden. Finanzpolitisch ist der Krieg noch immer nicht abgeschlossen; noch immer zahlen wir für die großen Kriegsaufwendungen und dazu treten die Riesenkosten für Demobilisierung und für die Entschädigungen in der Heimat. Auch dieses Problem muß beseitigt werden. Ich werde nicht ruhen und rasten, um am 1. Januar einen geordneten Etat vorlegen zu können. Wir haben in unserem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten übernommen. Die Lösung des Problems ist geknüpft an das Wort Arbeit im Dienst des Gemeinwohls. Zunächst gilt es, die schwebende Schuld von 75 Milliarden zu beseitigen oder herabzumindern. Das geht nur durch Schaffung neuer Einnahmen. Jeder Tag, den die Erbschaftssteuer später in Kraft tritt, bedeutet einen Ausfall von 2 Millionen Mark. Zur Herabdrückung des Erfordernisses erwarten wir erhebliche Einnahmen aus der Kriegsabgabe und der Zuwachsabgabe für 1919 und auch aus dem Reichsnotopfer, wenn es angenommen wird. Aber alles in allem wird die schwebende Schuld damit auf 46 Milliarden Mark ermäßigt.

Eine Zwangsanleihe wäre von geradezu verhängnisvoller Wirkung für unser Wirtschaftsleben. Es bleibt also nur der Weg einer freien Anleihe oder einer Prämienanleihe. Gegen die Kapitalflucht müssen Maßregeln ergriffen werden. Durch die Maßregeln, die noch gegen die Steuerflucht ergriffen werden sollen, werden übrigens die deutschen Banknoten, die sich im Ausland befinden, keinerlei Wertminderung erfahren.

Die bis jetzt in zweiter Lesung verabschiedeten Steuergesetze und die noch zu verabschiedende Erbschaftssteuer werden etwa 8 Milliarden bringen. Es müssen aber 25 Milliarden beschafft werden. Dazu können in erster Linie dienen die Einnahmen aus dem **Reichsnotopfer**, aus der Umsatzsteuer und aus der **großen Reichseinkommensteuer.** Das wird aber noch nicht ausreichen und deshalb werden neue Wege beschritten werden müssen. Hierher gehört die **Erhöhung der Postgebühren.** Ebenfalls in Vorbereitung ist dann noch ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Mineralöle. Ich kann mich damit einverstanden erklären, daß die Umsatzsteuer erst dann verabschiedet wird, wenn die parlamentarische Sicherheit besteht, daß die Reichseinkommensteuer eine allseitig befriedigende Lösung findet. Das Vermögensopfer ist der erste Schritt zur Reichsreform. Wenn die breiten Massen sehen, daß die finanzkräftigen Kreise bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden, dann wird auch moralisch der Weg zu indirekten Steuern geebnet. Beseitigen wir die Ueberfülle der Geldmittel, dann wird auch der Weg wieder frei für die Senkung der Preise. Das Betriebskapital wird nicht so stark gekürzt, daß der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zur Unmöglichkeit wird. Die Verminderung des flüssigen Geldes wird vor allem auch die Besitztitel wieder wertvoller machen und u. a. den Kursstand der Reichsanleihe heben.

Die Vermögensabgabe wird nun von uns auch in dem Bestreben unterstützt, uns die nötige Einfuhr zum Weltmarktpreis zu sichern. Zu den Preisen von 1914 werden wir lange Zeit nicht wieder einkaufen können, denn die Preise sind in der ganzen Welt erheblich gestiegen. Nach dem Friedensvertrag hat sich die Entente des Rechts begeben, Hand auf die Einnahmequellen Deutschlands zu legen. Sollte sie es dennoch versuchen, so bedeutete das einen unerträglichen Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reichs. Mit demselben Recht könnte sie jede Steuer, die wir etwa beschließen, mit Beschlag belegen. Das wäre gegen ihr eigenes wirtschaftliches Interesse. Außerdem aber würde die Reichsregierung am 10. September vor die Nationalversammlung treten, um die Ermächtigung zu erbitten, das Reichsnotopfer nicht auszuführen. Die Entente erhält ihre Forderungen in jeder gewünschten Form bezahlt. Aber mit Papier kann sie keine einzige Straße in Nordfrankreich neubauen, sie braucht dazu die deutsche Arbeit. Das Reichsnotopfer hat eine eminent soziale Bedeutung; es ist auch ein Sühnopfer für den mammonistischen Geist, der weite Kreise des Volks erfaßt hat.

Die **Umsatzsteuer** begegnet vielfachen Bedenken. Es sind aber so viele Milliarden zu decken, daß wir nur mit einem Steuersystem auskommen, in welchem neben den direkten auch die indirekten Steuern nicht fehlen. Dabei können auch die Lebensmittel nicht verschont werden. Die Umsatzsteuer vereint in sich die allgemeine Umsatzsteuer, die Luxussteuer, die Inseraten-, Modell- und Depotsteuer.

Mit der Durchführung der reichseigenen Steuerorganisation wird der größte Schritt zur Schaffung eines **einheitlichen deutschen Nationalstaats** getan. Die Einzelstaaten haben in anerkennenswerter Bereitwilligkeit das schwere Opfer des Verzichts auf die eigene Steuerverwaltung gebracht. Es ist notwendig, die gesamte Steuerreform noch im Lauf dieses Jahrs zu verabschieden und damit ein Werk zu schaffen, das an Bedeutung hinter der Reichsverfassung nicht zurücksteht. Die Steuern werden für das deutsche Volk eine Wohltat sein, denn nur mit ihnen können wir ein neues, starkes Deutsches Reich schaffen, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Demokratie. (Lebh. Beifall.)

Neues vom Tage.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Essen, 13. Aug. Die Förderung, die am 1. August wie stets am Monatsersten gegen den letzten Tag des Vormonats um mehr als 50 000 Tonnen zurückgegangen war, hat sich im Lauf der Woche langsam wieder um etwa 30 000 Tonnen gehoben, sodaß sie sich ungefähr auf der Höhe bewegte wie in der gleichen Zeit des Juli.

Bergarbeiterstreik.

Kattowitz, 13. Aug. Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier hat weiter um sich gegriffen. Ueber 70 Prozent der Arbeiter befinden sich im Ausstand. Der Lohnausfall an den beiden ersten Streiktagen beläuft sich auf 1 Mill. Mark, derjenige der Kohlenförderung auf 4 Mill. Mark.

Berlin, 13. Aug. Anläßlich des Bankbeamtenstreiks in Hamburg werden heute zwei Versammlungen der Berliner Bankbeamten stattfinden. Auch in Chemnitz und Dresden spitzt sich die Lage zu.

Betriebseinstellung.

Berlin, 13. Aug. Die Papierfabriken in Ziegenhals und Kranitz (Oberschles.) haben ihren Betrieb wegen Kohlenmangels und Transportschwierigkeiten eingestellt.

Die „Rheinische Republik".

Berlin, 13. Aug. Der „Hauptausschuß für die Errichtung einer Republik der Länder am Rhein" verlangt nach der „Tägl. Rundschau" von der Reichsregierung die sofortige Anberaumung einer Volksabstimmung im besetzten Gebiet. Die Protestanten des Rheinlands haben dagegen Verwahrung eingelegt, da die Machenschaften nur fremden Interessen dienen.

Allgemeine Ev.-Lutherische Konferenz.

Leipzig, 13. Aug. Die Allgemeine Ev.-Luth. Konferenz (Vorsitzender D. Ihmels) hält vom 8.—11. Sept. in Leipzig ihre 16. Haupttagung.

Zwangspensionierung.

München, 13. Aug. Das Kultusministerium beabsichtigt dem Vernehmen nach, die über 66 Jahre alten Lehrer an den Mittelschulen zur Einreichung ihrer Pensionsgesuche aufzufordern.

Luftverkehr in Holland.

Haag, 13. Aug. Unter Beteiligung der englischen Vickers-Gesellschaft ist ein Unternehmen für Post- und Reiseverkehr in Holland mit einem Kapital von 10 Mill. Gulden gegründet worden.

Ein „Entwirrungsplan".

Budapest, 13. Aug. Das Ungar. Korr.-Bur. meldet: Der Verweser von Ungarn, Kgl. Prinz Joseph, hat nach seinen Besprechungen mit den politischen Parteiführern diese aufgefordert, einen Entwirrungsplan auszuarbeiten. — Kriegsminister Schnetzer erläßt einen Aufruf zur Organisierung eines nationalen Heers, das von einem gesunden Geiste durchdrungen sein müsse. Aus diesem Grunde wird den Soldaten das Politisieren untersagt und das vor der Oktoberrevolution gültige Dienstreglement wieder in Kraft gesetzt.

Budapest, 12. Aug. Vizeadmiral Horthy in Siofok wurde zum Oberkommandanten der ungarischen Wehrmacht und General Soos zum Generalstabschef ernannt. — Die Staatsanwaltschaft hat gegen Kuhn und Gen. wegen Aufreizung zum Verbrechen des Mords und der Geldfälschung, sowie wegen anderer strafbarer Handlungen einen Steckbrief erlassen.

Wien, 13. Aug. Der vielgesuchte Kommunistenführer Bettelheim, früher Vertreter der ungarischen Räteregierung in Wien, ist nach Berlin geflüchtet, wo er Verbindungen mit Kommunistenkreisen aufnehmen will.

Rumänien gibt nach.

Berlin, 13. Aug. Der „Berl. Lokanzeiger" meldet aus Wien: Wie in hiesigen Ententekreisen verlautet, hat die rumänische Regierung beschlossen, für den Fall, daß sich in Ungarn eine feste Regierung bilde, ihre Truppen hinter die am 13. November festgesetzte Demarkationslinie zurückzuziehen.

Der Völkerbund verschoben.

London, 13. Aug. Die „Morning Post" meldet, das Inkrafttreten des Völkerbunds sei vom 1. November um 6 Monate verschoben worden wegen der Schwierigkeiten, die in den Parlamenten sich erhoben haben.

Washington, 13. Aug. Senator Lodge nannte im Senat den Völkerbund ein absichtlich entstelltes Unternehmen; ohne Abänderung besonders der Artikel 10 und 15 könne er nicht genehmigt werden.

Wilsons Erklärung an Japan wird als ernste Mahnung betrachtet, Shantung zu räumen.

Einberufung der Arbeiterkonferenz.

Washington, 13. Aug. (Reuter.) Wilson hat die internationale Arbeiterkonferenz für Oktober nach Washington einberufen.

Großer Streik in Italien.

Berlin, 13. Aug. In der Lombardei sind, wie dem „Berl. Lokalanzeiger" mitgeteilt wird, 70 000 Fertilarbeiter in den Ausstand getreten.

Ausfuhrverbote Argentiniens.

Buenos-Aires, 13. Aug. Die argentinische Regierung hat die Ausfuhr von Zucker verboten. Ein Gesetz soll ferner die Ausfuhr von Fleisch auf 2 Jahre verbieten.

Explosion. Als am 12. August nachmittags in Köln Arbeiter mit dem Verladen von Rauchminen in einem Munitionslager beschäftigt waren, explodierte eine Mine, wodurch noch andere Minen zur Explosion kamen und eine furchtbare Feuersbrunst entstand. Bis jetzt sind 11 Leichen geborgen, darunter zwei englische Wachen.

Kasernendiebstahl. In der Kriegsspitalkaserne in Neu-Ulm wurde eine eiserne Kasse mit 16 000 Mk. Inhalt gestohlen.

Straßenraub. In Dortmund wurden zwei Angestellte des Eisenwerks Union von zwei jungen Burschen überfallen. Dem einen der Angestellten wurde der Betrag von 127 000 Mark an Löhnungsgeldern geraubt. Es gelang, einen der Räuber festzunehmen.

20 Millionen geborgen. Bei den Bergungsarbeiten des Dampfers „Laurentic", der von einem Tauchboot an der irischen Nordwestküste versenkt worden war, ist nach Reuter eine Million Pfund Sterling (20 Mill. Mark) zutage gefördert worden.

Die belgischen Kriegsverluste an Toten. Nach amtlicher Meldung hat das belgische Heer im Kriege an Toten 982 Offiziere und 29 600 Mann verloren. Im ganzen wurden 14 000 Offiziere und 365 000 Mann mobilisiert.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 13. Aug. (Erkrankung des Staatspräsidenten.) Staatspräsident Blos ist bei Antritt seines Urlaubs infolge Ueberanstrengung plötzlich erkrankt. Der Staatspräsident wird auf ärztliche Anordnung einen stillen Landaufenthalt zur Erholung aufsuchen.

(-) **Stuttgart,** 13. Aug. (Andre Regierungsrat.) Wie verlautet, wird der Abgeordnete Arbeitersekretär Joseph Andre (Z.) als Regierungsrat die Leitung einer Abteilung im Arbeitsministerium übernehmen.

(-) **Stuttgart,** 13. Aug. (Vom Landtag.) Am 16. September wird der Landtag zu einer kurzen Tagung wieder zusammentreten.

(-) **Stuttgart,** 13. Aug. (Belästigungen von Angehörigen der Reichswehr.) Immer wieder ereignen sich Auftritte, bei denen Angehörige der Reichswehr durch verhetzte Leute, insbesondere aus dem Arbeiterstande, angerempelt werden. Wenn es dabei bisher zu ernstlichen Zusammenstößen nicht gekommen ist, so liegt dies an der Selbstbeherrschung der angegriffenen Reichswehrangehörigen. Doch hat deren Geduld auch einmal ein Ende. Es wird hoffentlich nicht unnütz sein, die Angriffslustigen, die meistens aus jüngeren Leuten bestehen, ernstlich zu warnen. Ebenso dürfte man von der Einsicht der älteren Arbeiter erwarten, daß sie erforderlichenfalls den Jüngeren gegenüber vermitteln und wehrend einschreiten. Ist erst einmal aus derartigen unbedachten Reibereien heraus ein Unglück geschehen, dann ist es zu spät, und die Folgen könnten sich in schweren Beunruhigungen des öffentlichen Lebens auslösen.

(-) **Kornwestheim,** 13. Aug. (Betriebseinstellung.) Die Eisengießerei der Firma A. Stotz A. G. hat wegen Kohlenmangels ihren Betrieb seit einer Woche eingestellt. Es werden schleunigst Notstandsarbeiten größeren Umfangs in Angriff genommen.

(-) **Leonberg,** 13. Aug. (Lebensmüde.) Ein aus Höfingen stammendes Dienstmädchen, das bei einem hiesigen Metzger in Stellung war, wurde heute morgen auf der Bühnekammer erhängt aufgefunden. Das Mädchen soll schon längere Zeit schwermütig gewesen sein.

(-) **Reutlingen,** 13. Aug. (Rohheit.) Auf den Schultheißen und den Polizeidiener in Kusterdingen wurden nächtlicherweile scharfe Schüsse abgegeben. Glücklicherweise verfehlten die Kugeln, die ins Schlafzimmer einschlugen, ihr Ziel.

(-) **Tübingen,** 13. Aug. (Zusammenbruch.) Im Burgholz wurde die Leiche eines freiwillig aus dem Leben geschiedenen Studierenden gefunden.

(-) **Heidenheim,** 13. Aug. (Frecher Raub.) In Bolheim sind vorgestern abend drei verwegene Burschen ins Gasthaus zum „Rößle" eingedrungen und haben unter Drohungen die Herausgabe der Geldschlüssel verlangt. Der Gasthausbesitzer händigte ihnen darauf eine größere Geldsumme — es soll sich um 30—40 000 Mk. handeln — aus, worauf die Räuber spurlos verschwanden.

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 12. Aug. Aufsehen erregt in hiesigen Künstlerkreisen ein Vorgang, der noch der Aufklärung bedarf. Im Schaufenster der Kunsthandlung Schwarz hängt ein Kunstdruck von Hans Thoma mit dem rätselhaften Vermerk: „Vom Künstler noch nicht übermalt". Der gleiche Kunstdruck, (ein Paar, das von einem Bergabhang eine Flußlandschaft betrachtet) ist dieser Tage auf Leinwand gezogen, übermalt und mit dem Handzeichen des Altmeisters Thoma versehen in der Galerie Moos um 10 000 Mk. zum Verkauf ausgeboten worden. Das ungewöhnliche Vorkommnis wird hier lebhaft besprochen.

(-) **Ettlingen,** 12. Aug. Die Zigeunerplage macht sich wieder bemerkbar. In der Nähe von Schielberg am Waldesrande hatte sich so ein fahrendes Volk niedergelassen. Im Orte machte sich ein größerer Geldiebstahl bemerkbar. Der Verdacht fiel auf die Zigeunerbande. Alles, groß und klein, Männlein und Weiblein bewaffnete sich, u. „Bad. Landsmann", mit Flegeln, Gabeln und dergl. [illegible] die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

braunen Gesellen. Dieselben wollten sich anfangs wehren, fügten sich aber schließlich der Uebermacht. Alle mußten einzeln antreten zur Untersuchung. Bei einem wurden 60 Mk. in Geld gefunden. Schließlich stellte sich heraus, daß ein männliches Mitglied der Gesellschaft fehlte und dieses hatte sich ohne Zweifel mit dem geraubten Geld aus dem Staub gemacht.

(-) **Berghaupten,** 13. Aug. Die Eheleute Xaver Lienhard zum „Adler" feierten im engsten Familienkreis das Fest der diamantenen Hochzeit.

(-) **Kappel,** Kreis Villingen, 13. Aug. In dem Buntsandsteinbruch bei Elsenau wurden die Reste fossiler Reptilien zutage gefördert. Neben mehreren Knochen, Wirbeln, Zähnen und Hauptpanzerstücken gelang es dem Geologen Prof. Dr. Wepfer-Freiburg, zwei prächtig erhaltene Köpfe einer Eidechse von respektabeln Dimensionen darzulegen. Es handelt sich um eine Echsenart von etwa 2½ Meter Länge; der eine Kopf mißt in der Länge 50, in der Breite 20 Centimeter.

Mutmaßliches Wetter.

Die Luftdruckverteilung ist kaum verändert. Am Freitag und Samstag ist weiterhin trockenes, warmes, strichweise gewittriges Wetter zu erwarten.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 5. bis 11. August.

Widersprechende Erntemeldungen.

Während in den Vereinigten Staaten noch vor vier Wochen auf Grund amtlicher und privater Schätzungen mit einem Ertrag von 840—860 Mill. Bushels Winterweizen und 320—340 Mill. Bushels Frühjahrsweizen, zusammen also mit 1160—1200 Mill. Bushels (32 bis 33 Mill. Tonnen) gerechnet wurde, kommt jetzt die überraschende Meldung, daß die Firma Clement Curtis u. Co. ihre Schätzung des Gesamtertrags auf 986 Mill. Bushels (27,1 Mill. To.) ermäßigt habe. Zu einem noch ungünstigeren Ergebnis gelangt der Statistiker Snow, der den Ertrag an Winterweizen auf 700, an Frühjahrsweizen auf 240, die Gesamternte sonach auf 940 Mill. Bushels (25,85 Mill. To.) veranschlagt. Erscheint eine Verschlechterung beim Frühjahrsweizen infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse immerhin denkbar, so ist es kaum glaublich, daß man die Winterweizenernte noch vor 4 Wochen, also zu einer Zeit, wo das Ergebnis schon mit einiger Sicherheit zu überblicken war, in solchem Maße überschätzt haben kann. Die Vermutung liegt nahe, daß Mr. Barnes, der Weizendiktator, seine Hand im Spiel hat, um wenigstens den Ausfuhrüberschuß ohne Schaden für die Staatskasse zu hohen Preisen loszuwerden. Bei der Deckung des Heimbedarfs wird sich ein Herabgehen unter den Garantiepreis von 226 Cts. ohnehin nicht vermeiden lassen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß man mit der künstlichen Beeinflussung der Erntestatistik bis zu einem gewissen Grad auch der in amerikanischen Verbraucherkreisen herrschenden Mißstimmung Rechnung trägt. Es ist übrigens bemerkenswert, daß im amtlichen Wall Street Journal vom 25. Juli noch von einem Ausfuhrüberschuß von 600 Mill. Bushels (16½ Mill. To.) die Rede ist.

Sehr widersprechend lauten zur Zeit auch die Meldungen über die kanadische Weizenernte. Bekanntlich sollen die Aussichten auf eine gute Ernte durch Dürre erheblich herabgedrückt worden sein. Demgegenüber besagt eine der Kanadischen Handelsbank in London zugegangene Depesche, daß der Saatenstand, abgesehen von Südwest-Saskatchewan und Süd-Alberta, mindestens so gut sei wie im Vorjahr und daß infolgedessen auf einen ansehnlichen Ausfuhrüberschuß zu rechnen sei. Wie verlautet, beabsichtigt die kanadische Regierung die Weizenernte anzukaufen und die Ausfuhr des Ueberschusses durch Vermittlung der offiziellen amerikanischen Kommission besorgen zu lassen.

Im Widerspruch zu den bisherigen Meldungen, wonach Rumänien diesmal kaum den eigenen Bedarf decken dürfte, wird aus Italien und Oesterreich berichtet, daß man auf rumänische Zufuhren rechnen zu können glaubt.

Die Erntelage in Frankreich und Italien deuten auf vermehrten Einfuhrbedarf hin. Französische Fachkreise schätzen den erforderlichen Zuschuß auf 3½—4 Mill. Tonnen. Auch Italien, dessen Einfuhr im abgelaufenen Erntejahr 1,8 Mill. Tonnen betrug, dürfte infolge verminderten Anbaus diesmal noch größere Ansprüche als im Vorjahr an den Weltmarkt stellen. Eine bemerkenswerte Erscheinung, die wohl mit dem ungünstigen Ausfall der Reisernte zusammenhängt, ist die andauernde Nachfrage Japans für australischen Weizen.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Auf der Eisenbahnstrecke Kassel—Volkmarsen—Arolsen überfuhr ein Personenzug den Kutschwagen eines Mühlenbesitzers in Twiste. Der Kutscher wurde leicht verletzt. Die drei Insassen des Wagens trugen lebensgefährliche Verletzungen davon. Wie das Fuhrwerk auf das Gleise geriet ist noch nicht geklärt.

Das Helium-Luftschiff. Ein Riesenluftschiff mit Gondeln, deren Querschnitt an den eines modernen Ozeandampfers erinnert, mit vier Stockwerken, in dessen oberstem die Paare sich im Tanze drehen, während der zweite den Speisesaal und die Kabinen enthält und die unteren Küche und Gepäckräume aufweisen — das ist das Zukunftsbild, wie es die Amerikaner mit Hilfe des Heliums verwirklichen wollen. Vor einigen Monaten kam die Meldung, daß es gelungen sei, das Heliumgas, dessen Erzeugungspreis sich bisher auf etwa 60 000 Dollar für den Kubikmeter gestellt hatte, in hinreichenden Mengen und für 8½ Dollar herzustellen, sodaß es nunmehr industriell verwertet werden könne. Damit wäre ein Füllgas für Luftschiffe gewonnen, das gegenüber dem bisher verwendeten außerordentliche Vorteile infolge seiner Unentflammbarkeit, seines hohen Auftriebes und seiner nur halb so großen Diffusionsgeschwindigkeit aufweist. Ingenieur Wohlke, der im neuesten Heft der „Umschau" die für Helium... [illegible] ...weist auf die Vorteile hin, die ein solches Luftschiff dem Flugzeug gegenüber haben würde. Zunächst ist das Luftschiff dem Flugzeug durch seine Befrachtungsmöglichkeit überlegen, die mit zunehmender Größe steigt und schon bei den heutigen deutschen Starrschiffen an Nutzlast über 50 Prozent des Gesamtauftriebs ausmacht. Es ist ferner im Gegensatz zu der oft aufgestellten Behauptung weniger Landungspersonal für das Luftschiff nötig, als für das Flugzeug, wenn man nämlich beide auf der Basis gleicher Befrachtungsmöglichkeit miteinander vergleicht. Nach einer englischen Statistik betrug die für eine geflogene Stunde in Anspruch genommene Mannschaftszahl bei Flugzeugen 8,5, bei Luftschiffen jedoch nur 1,62.

— **Entlassene Marineangehörige** sind zum Tragen des Mützenbands nicht berechtigt; an ihrem Jakett müssen sie Zivilknöpfe tragen und dürfen keine Abzeichen besonderer Dienstgrade oder besonderer Funktionen usw. tragen.

— **Die Leihpferde der Landwirte.** In bäuerlichen Kreisen wird es nicht verstanden, warum die Pferde aus den Heeresbeständen oder Pferdelazaretten auf längere Zeit ausgeliehen, und nicht gleich versteigert werden. Die oft bis auf die Knochen abgemagerten Tiere müssen von den Bauern erst ordentlich gefüttert und gepflegt werden, und wenn sie mit vieler Mühe und vielen Kosten soweit gebracht sind, daß sie etwas leisten könnten, dann werden sie den Bauern abgenommen und versteigert. Neben Fütterung und Pflege hat der Bauer obendrein noch eine Mark täglich für das Ausleihen zu bezahlen. Wie wir hören, hat sich der Schwäb. Bauernbund jetzt der Sache angenommen und wird auf Abstellung der Mißstände hinwirken.

Gestörte Trauung. In Todtnau (Baden) sollte in voriger Woche eine Trauung stattfinden. Der Bräutigam und die ganze Hochzeitsgesellschaft waren schon versammelt, aber die glückliche Braut kam nicht, sie hatte sich eines andern besonnen.

Banknotenschmuggel. Ein gutgekleideter Herr versuchte im Pelzmantel die deutsch-schweizerische Grenze bei Gottmadingen zu überschreiten. Bei der Nachschau an der Grenze fiel dem kontrollierenden Landsturmmann auf, daß sich hinten am Pelzmantel eine kleine Oeffnung zwischen Pelz und Tuch befand. Mißtrauisch geworden, vergrößerte der Landsturmmann mit dem Messer etwas die Oeffnung und fand 10 Eintausendmarkscheine versteckt. Bei der weiteren Untersuchung fanden sich in der Kravatte des Herrn als Futter dienend versteckt weitere vier Eintausendmarkscheine. Als der Herr dann auch Schuhe und Strümpfe ausziehen mußte, kamen noch weitere 9 solcher Scheine zum Vorschein. Dem findigen Landsturmmann wurde eine Belohnung von 10 Prozent des Betrags der gerichtlich erkannten Strafe ausbezahlt.

Bankdiebstahl. In der Filiale der Dresdener Bank in der Landsbergstraße 100, Berlin, sind aus einem erbrochenen Geldschrank 95 000 Mark bar und für mehrere Hunderttausend Mark Wertpapiere gestohlen worden.

Eisenbahnunglück. Am 9. August nachmittags fuhr bei Ahlen (Westfalen) ein Postzug einem Eilgüterzug in die Flanke. Drei Militärpersonen wurden getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Lokales.

— **Veteranenbeihilfe.** Die Reichsregierung hat die Teuerungszulage für alle ehemaligen Kriegsteilnehmer, die 1917 und 1918 die Veteranenbeihilfe von 150 Mk. bezogen und die am 1. August ds. Js. am Leben waren, auf 50 Mark festgesetzt.

ep. **Deutsche Frauen heraus!** Gegen die rechtswidrige unmenschliche Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen erheben jetzt die deutschen Frauen ihre Stimme. Ein vor wenigen Wochen aus den Kreisen des Volksbunds zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen heraus entstandener „Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen", der heute schon fast 1 Million Mitglieder zählt, tritt soeben mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem es u. a. heißt: „Nicht an den Edelmut des Gegners, nicht an seine Menschenliebe wollen wir uns wenden: daran zu glauben haben wir längst verlernt. Aber zu denen wollen wir gehen, die schon während des Kriegs menschliches Erbarmen mit unseren gefangenen Brüdern gezeigt haben. Nimmer wird Schweden, das Tausende deutscher Gefangenen in Rußland rettete, nimmer wird die Schweiz und Holland, die so treu und gastlich für die Kranken unter unseren Brüdern sorgen, nimmer werden auch Dänemark, Norwegen, Spanien uns ihre Hilfe versagen. — Wir wollen unseren Ruf hinausschicken in die feindlichen Länder bis an das Ohr der Frauen, die während der langen Jahre des Kriegs das gleiche Leid getragen haben, um ihr Gewissen und ihr Herz wachzurütteln."

— **Die Pilze.** Trotzdem immer wieder darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß nur der Pilze sammeln sollte, der die giftigen Pilze von den eßbaren mit Sicherheit zu unterscheiden vermag, kommen immer noch Pilzvergiftungen vor. Da auch in diesem Jahr in weiten Kreisen der Bevölkerung wieder Pilze gesammelt werden, sei auf das im Reichsgesundheitsamt bearbeitete Pilzmerkblatt hingewiesen, das in kurzer und klarer Darstellung die Kenntnis der wichtigsten eßbaren und unschädlichen Pilze vermittelt und das deshalb allen Sammlern warm empfohlen werden kann. Das Merkblatt, dem eine farbige Pilztafel beigegeben ist, ist im Verlag von Julius Springer in Berlin W. erschienen und kostet 35 Pfg. (Bei Mehrbezug Ermäßigung.)

— **Die Auswanderungslust** wächst immer mehr. Auswanderungsagenten und Auswanderungsschwindler treiben ihr Unwesen. Größte Vorsicht ist geboten für alle, die nicht sauer erspartes Geld und die Zukunft ihrer Familie aufs Spiel setzen wollen. Vom Reich ist zur Behandlung dieser Frage das Reichswanderungsamt begründet worden, mit dem das Deutsche Ausland-Institut in enger Verbindung steht und dessen Arbeiten der Auskunftserteilung und Auswanderungsberatung es übernommen hat. Man wende sich also in allen Fragen zur mündlichen und schriftlichen Auskunftserteilung über Paßangelegenheiten, Auswanderungsmöglichkeiten und Auswanderungsabsichten an das Deutsche Auslandsinstitut Stuttgart, Neues Schloß Nordflügel. — Geschäftsstunden von ½9 bis 1 Uhr und von 1/23 bis 1/26 Uhr.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 13. August. (Sitzung des Gemeinderats vom 12. Aug. 1919.) Anwesend waren 12 Mitglieder, Vors.: Stadtschultheiß Bätzner. Folgende Gegenstände der Tagesordnung wurden beraten: Punkt 1 Armensachen. (Hierzu hatte die Presse keinen Zutritt, da die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war.) Punkt 2. Längere Debatte rief das Gesuch der Bewohner der Ziegelhütte um elektrische Beleuchtung hervor. G.-R. Eitel befürwortete das Gesuch und glaubt, daß, wenn dort Villen erstellt worden wären, auch schon das elektrische Licht eingerichtet wäre und er vertrete die Interessen der Arbeiter. G.-R. Bechtle befürwortet ebenfalls sehr warm das Gesuch, aber er mache darauf aufmerksam, daß es sich hier um kein parteipolitisches Programm handle, sondern darum, die Wünsche der Einwohner in richtiger Erkenntnis der Sache zu erledigen und zu beraten. Stadtbaumstr. Munk berechnet die Kosten auf ca. 40 000 Mk. und diesem gegenüber stünde eine Einnahme von ca. 600 Mk. pro Jahr in Aussicht. Außerdem dürfe man nicht unterschätzen, daß zur Zeit kein gutes Material zur Verfügung stehe. Die G.-R. Bechtle und Großmann empfehlen wiederholt die Einrichtung des elektrischen Lichtes nicht nur auf der Ziegelhütte sondern auch auf dem Windhof; sie glauben aber davor warnen zu müssen, das jetzige schlechte Material zu verwenden, zumal den Bewohnern später doch nicht gedient sei und in nächster Zeit sei die Aussicht vorhanden, entsprechendes Material zu bekommen. Der Gemeinderat beschloß die Bereitwilligkeit der Ausführung und das Stadtbauamt wurde mit Ausfertigung der Pläne und des Kostenvoranschlags beauftragt. Punkt 3. Bei der geheimen Abstimmung wurden als Mitglieder der Steuersatzbehörde gewählt: G.-R. Brachhold mit 12 St., G.-R. Großmann mit 9 St. und als Stellvertreter G.-R. Kappelmann mit 8 Stimmen. Punkt 4. Laternenanzünder Gall und Rothfuß bitten um Lohnerhöhung. Bei den Ausführungen machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß Rothfuß auf 1. September 1919 seine Stelle niederlege. Da z. Zt. nur 23 Lampen (gegen 130 in Friedenszeit) in Benützung seien, sei gegenwärtig eine weitere Person nicht nötig und es empfiehlt sich, den ganzen Dienst dem Laternenanzünder Gall zu übertragen. G.-R. Kappelmann befürwortet 75 Mk. und G.-R. Schlüter 80 Mk. pro Monat. Der Gemeinderat war einstimmig mit 80 Mk. einverstanden und verlangt aber, daß künftighin Gall die Arbeit selbst verrichtet, nur im Verhinderungsfall dürfe seine Frau eintreten. Punkt 5. Gegen den ortsüblichen Taglohn von 12 Mk. wurden auf Vorschlag des G.-R. Schlüter als Feldschützen einstimmig gewählt: Wilhelm Bausert und Zimmermann Bott. Bei Punkt 6 Verschiedenes kamen folgende Sachen zur Beratung: a) Das Gesuch der Angestellten beim Lebensmittelamt um Lohnerhöhung wurde einstimmig genehmigt und zwar erhalten pro Tag (einschl. Sonntag) Verheiratete 11 Mk., Ledige 10 Mk. b) Die Verträge über die Anschaffung von 2 Feuerwehrleitern wurden unterzeichnet. Kostenpunkt 4750 Mk., wozu ein Staatszuschuß von 50% in Aussicht gestellt ist. c) Die Dienstkaution des Stadtpflegers Brachhold wurde durch Erlaß des Oberamts vom 2. August 1919 genehmigt und in Verwahrung genommen. d) Verschiedene Bewohner haben in letzter Zeit dem „Enztalboten" ein ‚Eingesandt' zugehen lassen, daß das unzeitgemäße Ausrufen in Wegfall käme. Der Gemeinderat hat die Eingabe beraten und bei der Debatte war G.-R. Wurz der Ansicht, daß die ortsüblichen Bekanntmachungen wohl beibehalten werden können, man dürfe wohl wissen, daß man noch „auf dem Lande" sei. Die G.-R. Schlüter und W. Eitel unterstützten diesen Antrag. In überwiegender Mehrheit beschloß der Gemeinderat, die ortsübliche Bekanntmachungen einzuschränken und nur noch solche ausrufen zu lassen, die sich auf verderbliche Nahrungsmittel beziehen. e) Eine längere Debatte rief die Abgabe von je 50 kg amerikan. Weizenmehl an die Conditoren Lindenberger und Winkler hervor. Der Vorsitzende stellt ausdrücklich fest, daß er mit der Abgabe nicht einig sei und sofort habe er Anordnungen getroffen, daß künftighin solche Abgaben unterbleiben. — Unter Anwesenheit von A.-R. Schlüter und einer weiteren ungenannten Person wurde am 11. Aug. ein unvermuteter Mehlsturz vorgenommen, welcher ergab, daß eine durchaus gute und geordnete Geschäftsführung besteht. Im Laufe der Beratung brachte der Vorsitzende ein Gesuch des Vorstandes des Mehlamts zur Kenntnis, wonach dieser um Enthebung von seinem Amt bittet. Der Gemeinderat ist in seiner Mehrheit der Ansicht, daß Herr Maier sein Amt auch weiter behalten soll, denn die Kontrolle hat nur eine gute Geschäftsführung ergeben. Hierauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen und anschließend fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Wildbad, 13. Aug. Wie in den Jahren 1917 und 1918 erscheint es auch in diesem Jahre geboten, den durch die gegenwärtige Teurung in Not geratenen ehemaligen Kriegsteilnehmern, die die Veteranenbeihilfe von jährlich 150 Mark beziehen durch Bewilligung einer einmaligen Zulage eine Hilfe angedeihen zu lassen. Sie beträgt nach den Beschlüssen der Reichsregierung 50 Mark und soll allen die die erwähnte Beihilfe beziehen gewährt werden, die am 1. 8. 19 am Leben waren.

Wildbad, 14. Aug. Von der gestern in den „Badischen Hof" einberufenen Versammlung wurde die Gründung eines Konsumvereins beschlossen, dem sofort 96 Anwesende als Mitglieder beitraten.

Wildbad, 14. Aug. Das Reichsgesetzblatt veröffentlichte gestern die neue Verfassung, die damit in Kraft tritt. Der Reichspräsident hat den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Gustav Bauer, zum Reichskanzler ernannt. — Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung führt von heute an die Bezeichnung Reichstag. Die bisherige Vertretung der Landesregierungen, der Staatenausschuß, hat aufgehört zu bestehen. An seine Stelle ist der Reichsrat getreten. — Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reiches und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten, sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind.

Verfügung des Ernährungsministeriums über Stammwürzegehalt und Höchstpreis des Bieres

In der Verfügung des Ernährungsministeriums über Stammwürzegehalt und Höchstpreis des Bieres vom 7. April 1919 (Staatsanzeiger Nr. 80) werden auf Grund der Verordnung des Reichsernährungsministers zur Abänderung der Verordnung über Bier und bierähnliche Getränke vom 23. Mai 1919 (R.-G.-Bl. S. 473) folgende Abänderungen getroffen:

I. § 2 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Beim Verkauf durch den Hersteller darf der Preis für untergäriges Bier

a) in Fässern 39 Mk. für 100 Liter,

b) in Flaschen 28 Pfg. für eine 0,5 Liter-Flasche,
38 Pfg. für eine 0,7 Liter-Flasche,

nicht übersteigen.

II. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Beim Weiterverkauf von untergärigem Bier dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

a) beim Ausschank:

für	0,25 Liter	20	Pfennig,
„	0,3 „	23	„
„	0,35 „	25	„
„	0,4 „	27	„
„	0,45 „	30	„
„	0,5 „	32	„
„	1 „	60	„

b) Bei Abgabe in Flaschen in der Wirtschaft zu sofortigem Genuß:

für eine	0,5 Liter-Flasche	38	Pfennig
„ „	0,7 „ „	48	„
„ „	1 „ „	65	„

c) bei Abgabe in Flaschen über die Straße

für eine	0,5 Liter-Flasche	33	Pfennig
„ „	0,7 „ „	43	„
„ „	1 „ „	60	„

III. Die gegenwärtige Verfügung tritt am 11. August ds. Js. in Kraft.

Stuttgart, den 1. Aug. 1919. Baumann.

Veröffentlicht! Die Wirte und Flaschenbierhändler werden besonders darauf hingewiesen.

Wildbad, 12. Aug. 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Bekanntmachung.

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Neuenbürg betr. Bezug von Saatgut zur Herbstsaat vom 11 August 1919 wird hingewiesen.

Wildbad, den 13. August 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Fremdenversorgung.

Die grünen Gastmarken sind am **15. August vormittags** auf dem Lebensmittelamt abzugeben.

Säumige werden bis zur nächsten Abgabe am 1. Sept. von der Versorgung ausgeschlossen.

Lebensmittelamt.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brot- und Buttermarken für die 2. Hälfte des Mts. erfolgt am **Freitag, den 15. August** vorm. 8—12 und nachm. 2—6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt: Kappelmann. **Arbeiterrat** Schlüter.

„Alte Linde"

Gastspiel des Zaubertheaters

UFERINI

persönliche Leitung von Direktor **Willy Uferini**

Freitag, 15. August, abends 8 Uhr

Sonntag, 17. August abends 8½ Uhr

Im Reiche des Schattens

Preise der Plätze:

Reservierter Platz	Mk. 4.—
1. Platz	Mk. 3.—
2. Platz	Mk. 1.50

Vorverkauf im Gasthaus zur Alten Linde und an der Abendkasse.

Während der Vorstellung Konzert.

Hohen Verdienst können sich **Damen und Herren** leicht verschaffen durch Abschluß von Versicherungen für eine

gemeinnützige Volksversicherung

mit anerkannt günstigen Bedingungen und Tarifen.

Angebote **unter M 4196 an Haasenstein und Vogler A.-G. Karlsruhe.** 387

Calmbach.

Brotkartenabgabe.

Die Brotkartenabgabe findet am Freitag Vormittag in folgender Reihenfolge statt:

Zimmer Nr. 1:

Nr.	1—100	von 8 bis 9¼	Uhr
„	101—200	„ 9¼—10½	„
„	201—330	„ ½11—12	„

Zimmer Nr. 2:

Nr.	331—400	von 8 bis 9	Uhr
„	401—500	„ 9—10	„
„	501—600	„ 10—11	„
„	601 bis Schluß	von 11—12	„

Den 13. August 1919.

Nahrungsmittelamt.

Fertige Herren-Anzüge 1reihig 3teilig M. 194,50
Fertige Herren-Anzüge 1reihig 2teilig „ 120,—
Fertige Herren-Halbtuch-Hosen „ 42,—
Fertige Herren-Arbeitshosen — aus Zwirnkoffen — „ 52,50
Fertige Halbtuch Herren-Westen „ 19,50

in sehr guten Qualitäten u. schöner Verarbeitung

Philipp Bosch, Wildbad Telefon Nr. 32.

Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Im Auftrag der Erben des **Christof Ludwig Rath**, gew. Krankenwärters a. D. hier, kommen am

Montag, den 18. August 1919, nachm. 3½ Uhr

die Grundstücke:

Parz. Nr. 796: 14 a 24 qm Wiese und Laubgebüsch, Heuscheuer gemeinschaftlich mit Parz. Nr. 795/2 im Löwenberg,

Parz. Nr. 868: 10 a 06 qm Baumacker und Laubgebüsch in den Schweingräben und

Parz. Nr. 795/2: 14 a 17 qm Acker und Laubgebüsch im Löwenberg mit Scheuernanteil auf Parz. Nr. 796

auf dem hiesigen Rathaus zum zweiten- und letztenmal zur Versteigerung.

Den 12. August 1919.

Rota iatsverweser: Glaß.

MERCEDES

Schuhhaus Wilh. Treiber
Wildbad
Ludwig-Seegerstraße
empfiehlt alle Sorten
Schuhwaren.
2|7 **Reparaturen** werden prompt ausgeführt.

Die am 13. ds. Mts. im „Bad. Hof" stattgehabte **Versammlung** zwecks **Gründung eines**

Konsum-Vereins

hatte das erfreuliche Ergebnis, daß sofort 96 Anwesende sich als Mitglieder in die aufgelegten Listen eintrugen.

Es ergeht hiemit an alle Haushaltungsvorstände der Stadt Wildbad, sowie an diejenigen von Sprollenhaus und Nonnenmiß die höfliche Einladung, sich in die bei **Geschw. Flum, Buch- und Schreibwarenhandlung** aufliegende Mitgliederliste einzuzeichnen.

Ladeninhaber wollen für den zu eröffnenden Konsumladen schriftlich mit Preisangabe Offerten ebendaselbst einreichen. Lokale mit Remisen bevorzugt.

Der vorläufige Ausschuß.

Schulnachrichten.

Ein weiteres öffentliches Urteil („Zbr. Wochenblatt") über die nach **Wildbad** übergesiedelte Reformschule:

Im „Zbr. Wochenblatt" (Nr. 61) schreibt Herr **Dr. Richard Mert:** „Woher kommt es, daß die Schülerzahl der Reformschule so sehr gestiegen ist? Woher kommt es, daß die Schüler sich dort so wohl fühlen und in ihren Studien so rasch vorwärts kommen? Einer schreibt es dem andern, daß er hier eine Schule gefunden hat, in welcher ihm ein Unterricht geboten wird, ganz angepaßt seiner persönlichen geistigen Anlage. In alle Gegenden Deutschlands, von der Westgrenze bis hinauf zum sagenumwobenen Rheinstrom, ist die Kunde gedrungen, daß die Schäden des Schulwesens, wie sie der Krieg notgedrungen mit sich bringen mußte, hier geheilt werden, weil hier ein stetig fördernder Unterricht erteilt werden kann; so treffen wir hier Kandidaten zu dem Einjährigen-, Obersekunda-, Primareife- und Abiturientenexamen für reale und humanistische Bildung. Ein jeder wird hier **in individueller Weise gefördert.**

Darum, Eltern, wenn Euch der Gedanke quält: Wie sollen unsere Söhne das Versäumte nachholen? Wie können sie ihr Ziel erreichen?, so gedenket der Höheren Reform-Lehranstalt in Wildbad."

Dr. R. Mert.

PHOTOGRAPHISCHE ARTIKEL! Hauptstr. 86a

Erstes Haus am Platze für

: Amateur- :
Photographie

Sämtl. Bedarfsartikel

ENTWICKELN und KOPIEREN von Platten und Films

in fachmännisch vollendeter Ausführung.

PLATTEN - - FILMS - - PAPIERE - - BÄDER etc. stets frisch vorrätig.

Apparate diverser erstklassiger Fabrikate **zu Originalfabrikpreisen**

Fachmännische Bedienung, schnellste, saubere Behandlung aller Aufträge.

- BILLIGSTE BERECHNU

Photo-Centrale Grundner Nach

Zwei tüchtige, kräftige

Arbeiter

für **dauernde Beschäftigung** auf Platz und Werk gesucht.

Windhofsäge.

Café Bechtle • Weinstube
Wildbad.

Ia. alte und neue **Rot- und Weissweine** im Ausschank.

Grosse Auswahl in **Obst u. Gemüse**

Südfrüchten:
Malagatrauben, Feigen, Haselnüsse, Mandeln, getrocknete Kastanien etc
stets in frischer Sendung.

R. Schirigato.

Für kommenden Herbst

neues Stroh, Heu, Futterrüben, Speiserüben, Kraut usw.

wird besorgt und trifft für mich ein

Gärtner Wolf.

Verloren

1 Bund m. 4 Schlüsseln

Abzugeben geg. Belohnung

Hauptstr. 117, Laden.

Geschäfts-Empfehlung.

Die Schwarzwälder Hausschuhfabrik und Reparaturanstalt in Höfen a. E. übernimmt

Reparaturen

jeder Art, sowie **Neuanfertigungen** unter Zusicherung reeller und pünktlicher Ausführung. 151

Echte Remy-Reisstärke
— in Stücken —
Medizinal-Drogerie
A. u. W. Schmit.

Bestellungen für **Einmach-Gurken** nimmt entgegen

Gärtner Wolf.

Ein schwarzseidener 384

Schal

ist am 12. August **verloren** gegangen am Badhotel. Bitte gegen Belohnung abzugeben **Villa Jungborn.**

Kleiner gebrauchter Schließkorb

zu kaufen gesucht.

Gefl. Offert. an die Exped. ds. Bl. erbeten. 386

Solides Geschäft
— **besserer Artikel** —
zu kaufen gesucht

eventl. Beteiligung. Zur Verfügung sind **Mark 25,000.**

Angeb. an den Selbstkäufer **F. v. Oven, Lörrach** i. B. **Badstraße 2.**

Turnverein Wildbad

Jeden Donnerstag abend

Männerriege

von ½9 **Uhr** ab.

544 **Der Vorstand.**

Stempel aller Art, Monogramme, Wappen, Stempelfarbe etc.

liefert **Behörden, Hotels, Pensionen, Gewerbetreibenden u. Privatpersonen** schnell die

Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw